



Protokollauszug

aus der
45. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 05.12.2018

öffentlich

**Top 6.33 Kundenbefragung in der Ausländerbehörde
18/SVV/0771
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion** empfiehlt, dem Antrag mit folgender Ergänzung im 3. Satz des Beschlusstextes **zuzustimmen**:

...

*Bei der Vorbereitung und Durchführung sollen der Migrantensbeirat und die in der Stadt ansässigen Beratungsstellen, z.B. die **Welcome-Center**, einbezogen werden.*

Der **Hauptausschuss** empfiehlt, dem Antrag mit folgenden Änderungen/Ergänzungen **zuzustimmen**:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im 1. Quartal des Jahres 2019 eine Kundenbefragung in der Potsdamer Ausländerbehörde (ABH) durchzuführen.

Die Ergebnisse sollen einen Überblick darüber vermitteln, wie groß die Zufriedenheit der Betroffenen mit der Arbeit der Behörde ist, aber auch Änderungsbedarf und Optimierungsmöglichkeiten aufzeigen.

*Bei der Vorbereitung und Durchführung sollen der Migrantensbeirat und die in der Stadt ansässigen Beratungsstellen, z.B. die **Welcome-Center**, einbezogen werden.*

~~Über den Sachstand soll die Stadtverordnetenversammlung im Januar 2019 unterrichtet werden.~~

Über die Fragen und die Methodik soll im Januar im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion berichtet werden. Die Stadtverordnetenversammlung soll Ende des I. Quartals ein Bericht zum Umsetzungsstand gegeben werden.

Eine Auswertung soll bis Ende Mai 2019 erfolgen.

Abstimmung:

Die vom Hauptausschuss empfohlenen Änderungen und Ergänzungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im 1. Quartal des Jahres 2019 eine Kundenbefragung in der Potsdamer Ausländerbehörde (ABH) durchzuführen.

Die Ergebnisse sollen einen Überblick darüber vermitteln, wie groß die Zufriedenheit der Betroffenen mit der Arbeit der Behörde ist, aber auch Änderungsbedarf und Optimierungsmöglichkeiten aufzeigen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung sollen der Migrantenbeirat und die in der Stadt ansässigen Beratungsstellen, z.B. die Welcome-Center, einbezogen werden.

Über die Fragen und die Methodik soll im Januar im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion berichtet werden. Die Stadtverordnetenversammlung soll Ende des I. Quartals ein Bericht zum Umsetzungsstand gegeben werden.

Eine Auswertung soll bis Ende Mai 2019 erfolgen.